



**Dr. Hans-Peter Friedrich**  
Ihr Bundestagsabgeordneter

Brief aus Berlin

Newsletter

Nr. 23 10.05.2019



## Liebe Leserinnen und Leser,

In den Sitzungswochen bis zur Sommerpause liegt noch viel Arbeit vor uns. Außerdem stehen in rund zwei Wochen wichtige Wahlen in Europa an. Als Union kämpfen wir für unseren Spitzenkandidaten Manfred Weber, damit CDU und CSU ein gutes Ergebnis erzielen und die EVP stärkste Fraktion im Europäischen Parlament wird.

In dieser Woche gab es auch eine neue Steuerschätzung, die aufhorchen lässt: Das Wachstum ist niedriger als erwartet. Das bedeutet, dass nicht mehr jeder Wunsch eines Fachministers in Erfüllung gehen wird. Unsere Linie ist klar: Das Geld muss in Zukunft und Sicherheit fließen, statt weiter an der Umverteilungsschraube zu drehen. Für die Zukunft unseres Landes sind Investitionen in Bildung und Forschung, in die Verkehrswege, in schnelles Internet und künstliche Intelligenz zentral. Nur mit guten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaft bleibt unser Sozialstaat finanzierbar. Für uns als Union ist die Sicherheit der Menschen in Deutschland eine weitere wichtige Säule unserer Politik. Polizei und die Bundeswehr müssen so ausgestattet werden, dass sie diese Sicherheit auch gewährleisten können. Diese seit Jahren verfolgte Politik werden wir fortsetzen.

Was in dieser Sitzungswoche sonst noch Thema war in Berlin, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

**Herzliche Grüße**

**Hans-Peter Friedrich**

### Diese Woche

|  |   |
|--|---|
| Fachkräftemangel   | 2 |
| Nur die soziale Marktwirtschaft ist unserer freiheitlichen Verfassung angemessen | 3 |
| Deutschland und China treten ein für weltweit offene Märkte                      | 4 |

Treten Sie mit mir in Kontakt:





## Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Vor dem Hintergrund eines umfangreichen Fachkräftebedarfs ist Deutschland auf eine bessere Nutzung der inländischen und europäischen Fachkräftepotenziale, aber auch auf Fachkräfte aus Drittstaaten angewiesen. Mit dem **Gesetzentwurf**, den wir gestern in **erster Lesung** beraten haben, soll der bestehende Rahmen für eine bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten maßvoll erweitert werden. Vor allem die Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte mit **qualifizierter Berufsausbildung** werden ausgebaut. Weitere wesentliche Neuerungen betreffen etwa Verbesserungen der Möglichkeiten zum Aufenthalt für Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Anerkennung der beruflichen Qualifikation oder eine Zuwanderungsmöglichkeit für **IT-Spezialisten** ohne formalen Abschluss. Zudem werden die Möglichkeiten der Einreise zur Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche erweitert. Zur Verbesserung der Verfahren sollen die Länder künftig für die Fachkräftezuwanderung je mindestens eine **zentrale Ausländerbehörde** einrichten. Zudem wird ein beschleunigtes **Fachkräfteverfahren** geschaffen, welches durch die Arbeitgeber bei der Ausländerbehörde betrieben werden kann.

## Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung diskutiert haben, soll unter anderem die bestehende Regelung der **Ausbildungsduldung**, die sogenannte 3+2-Regelung, auf staatlich anerkannte oder vergleichbar geregelte **Assistenz- und Helferberufe** erweitert werden, sofern darauf eine qualifizierte Ausbildung in einem Mangelberuf folgt. Neben weiteren Regelungen wird eine längerfristige sogenannte Beschäftigungsduldung für Geduldete eingeführt, die durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt sichern und gut integriert sind. Sie müssen seit mindestens 12 Monaten eine Duldung besitzen und seit mindestens 18 Monaten eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausüben. Die Möglichkeit des Erhalts einer **Beschäftigungsduldung** ist bis zum 30. Juni 2022 **befristet**.

## Keine Einbürgerung bei Mehrehe

Wir werden bald einen Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts beraten, mit dem dschihadistischen Terrorkämpfern die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen wird, wenn sie Doppelstaatler sind. Wir setzen uns dafür ein, dass wir auch in einer anderen Frage unsere Werte in konkrete Politik umsetzen: Wer als Ausländer mit mehreren Frauen verheiratet ist, kann kein deutscher Staatsbürger werden. Das ist für uns eine Frage von fundamentalen Werten, für die wir als Christdemokraten und Christsoziale eintreten.



## Nur die soziale Marktwirtschaft ist unserer freiheitlichen Verfassung angemessen

Die Geschichte hat gezeigt, dass der Sozialismus keine erfolgreichen Wirtschaftskonzepte hervorbringt, sondern Staaten allenfalls in den Bankrott und ihre Bürger in die Verarmung führt. Doch Schicksale wie die der DDR, Kubas, Nordkoreas oder ganz aktuell Venezuelas scheinen offenbar noch nicht abschreckend genug zu sein, um SPD, Linke und Grüne von sozialistischen Gedankenspielen abzuhalten.

Wie 1989 steht die Union auch 2019 für Freiheit, für das Privateigentum, für die soziale Marktwirtschaft. Dies sind die Grundlagen des Wirtschaftswunders wie des bleibenden Erfolgs und Wohlstandes in Deutschland. Wir sind dem Sozialstaatsgedanken verpflichtet, Halluzinationen über Kollektivierung und Enteignung erteilen wir eine klare Absage.



*„Die soziale Marktwirtschaft, die das Eigentum achtet, die die Leistung des Einzelnen honoriert und die dem Verbraucher genauso wie dem Anbieter auf dem Markt Freiheit gibt, ist die einzige Wirtschaftsform, die unserer freiheitlichen Verfassung angemessen ist.“*

[Hier](#) geht es zu meinem Video.

## Austausch mit Nachwuchsjournalisten der Konrad-Adenauer-Stiftung

Im Rahmen eines Seminars des Deutschen Bundestages habe ich in dieser Woche eine Gruppe junger Nachwuchsjournalisten der Konrad-Adenauer-Stiftung getroffen. Im Fokus der lebhaften Diskussion standen aktuelle politische Fragen zur Europawahl und die Entwicklung der Parteienlandschaft in Deutschland und Europa.

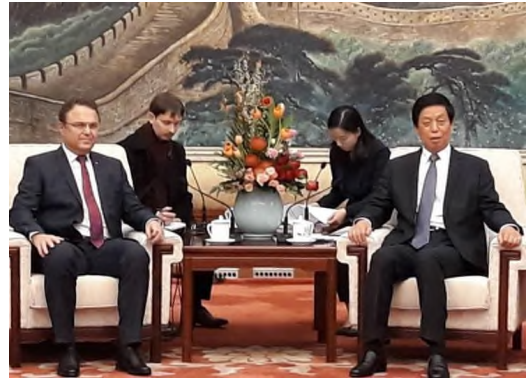




## Deutschland und China treten ein für weltweit offene Märkte

Deutschland und China treten entschlossen für weltweit offene Märkte und Multilateralismus ein. In einer Welt globaler Herausforderungen können wir die Zukunft nur gemeinsam gewinnen und die Herausforderungen nur gemeinsam annehmen.

Als Vizepräsident des Deutschen Bundestages bin ich nach China gereist. Neben zahlreichen Gesprächen, die ich mit Parlamentsvertretern, politischen Stiftungen und Unternehmern geführt habe, habe ich auch den Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China Li Zhanshu in der Großen Halle des Volkes in Peking getroffen.



## Digitalisierung, Social Media und Fake News – Austausch mit Bürgern aus dem Wahlkreis zu aktuellen Themen



Wie verändert sich die Welt durch die Digitalisierung? Welchen Einfluss haben soziale Medien auf uns und unsere Demokratie? Mit zwei Besuchergruppen aus meinem Wahlkreis habe ich kürzlich in Berlin darüber diskutiert - selbstverständlich auch mit Blick auf die Europawahlen Ende Mai.

Wir waren uns einig, dass die erfolgreiche Digitalisierung der Schlüssel für unsere Zukunft ist. Gleichzeitig gilt es aber auch, gerade im Umgang mit den Sozialen Medien, wachsam zu bleiben, um sich von Fake News und Populismus nicht hinters Licht führen zu lassen.

Vielen Dank für die Gespräche und den Besuch. Ich freue mich auf ein Wiedersehen in Hochfranken!



### Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: [hans-peter.friedrich@bundestag.de](mailto:hans-peter.friedrich@bundestag.de), Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat